

Vorwort

Die Debatte um Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen bleibt aktuell. Sie wurde kurz vor Weihnachten 2010 belebt u.a. durch die Forderung nach Einführung eines branchenübergreifenden Mindestlohnes von zehn Euro. Eingbracht wurde dieser Vorschlag ausgerechnet von der zur Unternehmensgruppe Schwarz gehörenden Supermarktkette Lidl, die bisher nicht gerade durch arbeitnehmerfreundliche Aktivitäten aufgefallen war.¹ Nur mit einer verbindlichen Untergrenze lässt sich demnach „der Missbrauch von Lohndumping wirksam unterbinden“.²

Immer wieder werden freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen als der zielführende Weg für die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen beschrieben bzw. – insbesondere von Unternehmensverbänden – gefordert, siehe in diesem Kontext auch einige Beiträge in dieser Publikation. Die anhaltende Unübersichtlichkeit verschiedenster Bekenntnisse, Leit- oder Richtlinien, Verhaltensregeln, branchenweiter und auch branchenübergreifender Initiativen fällt auf. Die Grenzen freiwilliger Regelungen werden uns zudem regelmäßig aufgezeigt – u.a. mit Blick auf diverse Lobbyaktivitäten der deutschen Automobilindustrie in Brüssel gegen die Einführung höherer Umweltauflagen oder aktuell die Selbstver-

¹ Lidl war in der Vergangenheit u.a. in die Negativschlagzeilen geraten, da der Discounter schlechte Arbeitsbedingungen bot, die Wahl von Betriebsräten behinderte, Dumpinglöhne zahlte, MitarbeiterInnen bespitzelte und Krankendaten sammelte. Darüber hinaus beendete das Unternehmen 2010 nicht ganz freiwillig eine Werbekampagne zu angeblich fairen Arbeitsbedingungen bei den Lidl-Zulieferbetrieben: Nach einer am 6. April 2010 von der Verbraucherzentrale Hamburg gegen Lidl eingereichten Klage wegen unlauteren Wettbewerbs verpflichtete sich Lidl nach Informationen der Verbraucherzentrale Hamburg in einer Unterlassungserklärung, ein beanstandetes Werbeversprechen mit Bezug auf weltweit faire Arbeitsbedingungen zurückzuziehen. Vgl. Fonari/Stamm (Hg.), Vierter Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen, Augsburg und München 2010, S. 9.

² Zitiert nach Eva Roth, Lidl schlägt zehn Euro Mindestlohn vor. Discounter befürwortet bundesweite branchenübergreifende Untergrenze, in: Berliner Zeitung vom 21. Dezember 2010, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/1221/wirtschaft/0041/index.html>.

pflichtungen der deutschen Wirtschaft zur Beschäftigung von Frauen in Führungspositionen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass auch das bayerische Wirtschaftsministerium die Grenzen freiwilliger Lösungen erkannt hat. In seinem Grußwort zu dieser Publikation bekennt sich Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil – trotz eines Plädoyers für freiwillige Lösungen – im Kontext der ILO-Kernarbeitsnorm 182 (bzgl. der schlimmsten Formen der Kinderarbeit) zu einer Lösung seitens des Gesetzgebers. Nachdem das bayerische Wirtschaftsministerium sich 2007 im Bereich der öffentlichen Beschaffung zunächst heftig gegen einen bundesweit vorbildlichen Beschluss des Bayerischen Landtages gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit³ gewehrt hatte, lobt Staatsminister Martin Zeil diesen Beschluss – anders als seine Vorgänger im Amt – nun ausdrücklich.

Widerstand gegen diesen Beschluss des Bayerischen Landtages hatte 2007 auch der bayerische Dachverband der Wirtschaftsverbände, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw),⁴ geleistet, die sich immer noch für freiwillige Initiativen von Unternehmen einsetzt. Die regelmäßigen Bekennnisse der vbw zu Sozialer Marktwirtschaft und Verantwortung von Unternehmen (siehe auch das im Februar 2011 mit großem Aufwand präsentierte Portal www.wirtschaft-weiss-blau.de) erscheinen nicht nur vor diesem Hintergrund als wenig überzeugend und erinnern eher an Institutionenversagen.⁵

Gute Beispiele für die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards aus der Praxis werden beim ‚Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘ regelmäßig präsentiert und diskutiert. VerbraucherInnen interessieren sich zunehmend für die Herstellungsbedingungen von Produkten. Insbesondere Markenunternehmen bemühen sich um die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards. Im industriellen Bereich scheint das Interesse an den Herstellungs- bzw. Abbaubedingungen von Vorprodukten und Rohstoffen dagegen eher ausbaufähig zu sein. Welcher

³ Bayerischer Landtag, Drucksache 15 / 8713 vom 18.7.2007. Vgl. *Fonari / Führ / Stamm* (Hg.), *Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung*, Hannover und Augsburg 2009.

⁴ Siehe www.vbw-bayern.de.

⁵ Vgl. hierzu ausführlicher *Alexander Fonari*, „Institutionen-Versagen: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft“, in: *Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.*, Rundbrief Januar 2011, S. 1-2, www.eineweltnetzwerkbayern.de/rundbrief/EWNB_Rundbrief_49.pdf.

Industrieverband macht seine Unternehmen auf diese Thematik von sich aus aufmerksam?

Zu den Unternehmen, die sich über viele Jahre hinweg stark um die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards bemüht haben und sich beim ‚Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘ präsentierten, gehört auch das durch die Insolvenz des Mutterkonzerns Arcandor (ehemals Karstadt-Quelle) zum Verkauf stehende Unternehmen hessnatur.⁶ Für den wirtschaftlich gesunden Pionierbetrieb im Bereich Naturtextilien interessierte sich Ende 2010 der auch im Rüstungsbereich engagierte Finanzinvestor Carlyle. Mehrere Tausend KundInnen von hessnatur reagierten mit Boykottaufrufen. Ähnlich wie einige Jahre früher im Fall der Basic AG, an der sich die Unternehmensgruppe Schwarz zuvor bereits unauffällig beteiligt hatte, behinderte auch hier der Protest der KundInnen das finanzielle Engagement eines ungeliebten Investors. Über das Beispiel der Basic AG hinausgehend, bemühten sich die KundInnen im Fall hessnatur sogar um eine Genossenschaftsinitiative zur Weiterführung von hessnatur.⁷

Nicht nur am ‚Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘ erschallt der Ruf nach einem gesellschaftlichen Umfeld, das Solidarität belohnt bzw. mindestens anerkennt. Gefordert ist eine Politik, die nachhaltige Rahmenbedingungen konsequent durchsetzt, soziales Verhalten belohnt, sich vom Ziel maximaler Zuwachsraten abwendet und sich zu nachhaltigem Wachstum bekennt.

Das Grundanliegen des ‚Runden Tisches Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘ inklusive der vorliegenden Publikation kann als ein Beitrag im Kontext der UN-Millenniumsziele (Millennium Development Goals, MDGs) verstanden werden: Es ist offensichtlich, dass die im Jahr 2000 verabschiedeten acht Millenniumsziele vorwiegend die Armutsbekämpfung in ärmeren Staaten im Blick haben. Ohne ergänzende Maßnahmen in den Industriestaaten dürfte jedoch keine global nachhaltige Entwicklung möglich sein. Insofern ist auch nach dem Beitrag der ca. 1,2 Milliarden Menschen in den Industriestaaten zu fragen, die zwar nur rund 20% der Weltbevölkerung ausmachen, jedoch rund 80% der Ressourcen verbrauchen und ca. 75% der Emissionen verursachen. Konsequenterweise

⁶ Vgl. *Rolf Heimann*, Das Awareness-Prinzip bei hessnatur, in: *Fonari / Mutz / Reder / Stamm / Wallacher* (Hg.), *Dritter Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen*, Augsburg und München 2009, S. 113 – 121.

⁷ Vgl. www.hnGeno.de.

schlägt der Klimaforscher Mohan Munasinghe⁸ eine Ergänzung der MDGs um die sogenannten „Millennium-Konsumziele“ (Millennium-Consumption Goals, MCGs) vor.⁹ Insbesondere auch vor dem Hintergrund der ernüchternden Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen in Kopenhagen und Cancún wird deutlich, dass der notwendige Wandel hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung nicht allein als Aufgabe der Politik verstanden werden kann, sondern als Aufgabe von Zivilgesellschaft und Wirtschaft.¹⁰

Der Klimaforscher fordert, die soziale und ökologische Entwicklung bei ökonomischen Bewertungen stärker zu berücksichtigen. Munasinghe schlägt zudem einen Wertewandel hin zu mehr Langfristigkeit vor. Außerdem fordert er, dass jedes Produkt nach Wirtschafts-, Sozial- und Umweltkriterien durchleuchtet wird – und zwar von der Ressourcengewinnung bis zu Konsum und Entsorgung. Dafür nötige Werkzeuge gebe es längst, wie etwa die Betrachtung der Wertkette, der ökologische Fußabdruck und die Lebenszyklusanalyse. Das Ergebnis solle nicht nur durch Auslobung für den Konsumenten sichtbar gemacht werden. Auch Preise müssen die tatsächlichen Kosten wiedergeben, die ein Produkt der Umwelt verursacht.

Alle diese Anliegen werden seit Jahren im Rahmen des Projektes ‚Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards‘ des Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. thematisiert. Das Projekt möchte zur sozialen und ökologischen Gestaltung von Globalisierung aktiv beitragen und konzentriert sich auf die Themenkomplexe ‚Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘ und ‚Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung‘. In Form von jährlichen Runden Tischen wird mit meist bayerischen Akteuren, die für den jeweiligen Themenkomplex relevant sind, ein Dialog über Sozial- und Umweltstandards auf den Weg gebracht und fortgeführt.

Der *Runde Tisch Bayern ‚Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘* versammelt VertreterInnen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen in Bayern. Diskutiert werden die wichtigsten In-

⁸ Vgl. <http://www.mohanmunasinghe.com>.

⁹ Vgl. <http://millenniumconsumptiongoals.org>.

¹⁰ Vgl. M. Munasinghe (2010), Can Sustainable Consumers and Producers Save the Planet ? = Journal of Industrial Ecology, 14: 4-6; <http://dx.doi.org/10.1111/j.1530-9290.2009.00215.x> ; M. Munasinghe (2011), Addressing sustainable development and climate change together using sustainomics. Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change, 2: 7-18 <http://dx.doi.org/10.1002/wcc.86>.

strumente zur Förderung von Unternehmensverantwortung. Ausgangspunkt der Debatte sind gute Erfahrungen einzelner Unternehmen oder Branchen, die die Richtung für zukünftige Fortschritte anzeigen.

Die vorliegende Publikation basiert auf einer Tagung, die am 12. November 2010 vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in München und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München mit freundlicher Unterstützung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern und Mission EineWelt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie durchgeführt wurde.

Der *Runde Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* hat sich als kontinuierliche Plattform zur Beförderung des Dialogs über die weitere Entwicklung im Bereich Sozial- und Umweltstandards etabliert. Aus den Dialogen mit den Unternehmen ist u.a. auch ein konkretes Produkt hervorgegangen: Die Firma Puma hat 2008 erstmals einen fair gehandelten Fußball produziert, der seit 2010 mit der Aufschrift „Bayern spielt fair!“ erhältlich ist (siehe www.fairerhandel-bayern.de).

Im Herbst 2011 wird der sechste *Runde Tisch Bayern: Sozial und Umweltstandards bei Unternehmen* in München zusammentreffen. Es bleibt zu hoffen, dass sich nach Bayerischem Landtag, Bayerischer Staatskanzlei, Bayerischem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und Bayerischem Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit auch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen beteiligen und an die bereits im Jahr 2006 begonnene inhaltliche Diskussion anknüpfen wird. Nachdem sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales um die Umsetzung der CSR-Strategie der Bundesregierung kümmert und Bayerns Sozialministerin Haderthauer neuerdings Schirmherrin der von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft getragenen Initiative „Wirtschaft weiss-blau“ ist, wäre dies nur logisch.

Alexander Fonari & Norbert Stamm

Augsburg und München, im März 2011